

CFS im Gespräch mit Dr. Eugen Paravicini

CFS Newsletter 2/09



Dr. Eugen Paravicini ist Abteilungsleiter Wirtschaftsordnung, Finanzdienstleistungen, Börsen im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und Mitglied des Vorstands der Gesellschaft für Kapitalmarktforschung (Trägerverein des CFS)

Frankfurt ist Deutschlands führender Finanzplatz. Die wichtigsten Finanzakteure sind vor Ort. Frankfurt hat auch eine große Bedeutung für die Wirtschaftskraft des Landes und für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wie beurteilen Sie die Standortbedingungen Frankfurts? Wie möchte die Hessische Landesregierung die Qualität des Standorts Frankfurt in Zukunft vorantreiben/unterstützen

Die Standortbedingungen am Finanzplatz Frankfurt sind aus meiner Sicht hervorragend. Die Konzentration der wichtigsten Finanzakteure am Finanzplatz Deutschland sowie der Europäischen Zentralbank und des Ausschusses der Europäischen Aufsichtsbehörden für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (CEIOPS) in Frankfurt ist nicht zufällig. Sie ist historisch gewachsen und hat im Zuge dieser Entwicklung zunehmende Anziehungskraft für weitere Ansiedlungen wichtiger Finanzdienstleister, Aufsichtsbehörden und Währungshüter entfaltet. Damit der Standort auf höchstem Niveau zukunftsfähig bleibt, müssen seine Rahmenbedingungen allerdings ständig an den aktuellen Herausforderungen gemessen und weiter entwickelt werden. Finanzdienstleister, ihre Produkte und Märkte sind unablässigem Wandel unterworfen. Im Wettbewerb der internationalen Finanzzentren ist Innovationsfähigkeit auf der Basis einer exzellenten intellektuellen Infrastruktur eine wesentliche Basis. Die weitere Förderung des Finanzplatzes Frankfurt ist erklärtes Ziel der Landespolitik. Die Landesregierung versteht sich als Initiator und Begleiter wichtiger Entwicklungen am Finanzplatz, der nach unserem Verständnis mehr als die Summe seiner Akteure sein muss. Im ständigen Gespräch mit den Vertretern der Finanzindustrie wirbt die Landesregierung für das gemeinsame Eintreten für den Standort und die Entwicklung langfristiger Strategien für seinen Ausbau. Die Landesregierung konzentriert sich im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeiten auf die Optimierung der intellektuellen Infrastruktur, der Verkehrsinfrastruktur und der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Finanzplatz und seiner Akteure die allesamt für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Im globalen Wettbewerb muss Frankfurt sich klar gegen die Konkurrenz positionieren. Die Initiative *Frankfurt Main Finance* leistet einen wichtigen Beitrag im Marketing und in der Koordination von Initiativen zur Förderung des Finanzplatzes Frankfurt. Sie waren von Beginn an beteiligt. Können Sie Konkretes über die Errungenschaften und Ziele erzählen?

Wesentliches Ziel der Finanzmarktinitiativen des Landes war und ist die klare Positionierung des Platzes und das Bemühen um eine abgestimmte Strategie etwa beim Marketing und der Orchestrierung von Aktivitäten für den Standort. Frankfurt Main Finance geht auf eine Initiative der Landesregierung zurück. Es ist gelungen, in dieser Einrichtung die

bedeutendsten Institute und Institutionen zusammen zu bringen und auf gemeinsame Ziele auszurichten. Finanzindustrie, Stadt Frankfurt und das Land Hessen haben im Juli 2008 Frankfurt Main Finance gegründet, um dem Finanzplatz eine Stimme zu geben, die sein Potential und seine Attraktivität national und international vermarktet und durch die Förderung eines gemeinsamen Bewusstseins das Engagement für den Standort und seine weitere Entwicklung stärkt.

Nachdem MainFinance mittlerweile im zweiten Jahr seiner Tätigkeit steht blicken wir auf eine erfolgreiche erste Etappe des Wirkens zurück. Die Strukturen einer längerfristigen Strategie sind sichtbar, die Initiative ist am Standort akzeptiert und etabliert. Die Organisation IT-gestützter Kommunikation und Information am Standort ist konzipiert.

Sicher wird es weitere Anstrengungen zu einer noch breiteren Verankerung in der Financial Community bedürfen, die strategische Ausrichtung wird sich weiter konturieren. Aber das Verständnis für die Notwendigkeit instituts- wie branchenübergreifender Zusammenarbeit hat sich durchgesetzt. Der Finanzplatz Frankfurt hat endlich eine gemeinsame Plattform, auf der er seine weitere Profilierung betreiben wird.

Welche Strategie sollte man aus Ihrer Sicht verfolgen, damit der Finanzplatz Frankfurt an Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit gewinnt?

Wesentliches Instrument hierzu ist sicher Frankfurt Main Finance. Der Finanzplatz ist zwar durch seine Dienstleistungen institutsbezogen und auch darüber hinaus für jeden täglich präsent und Gegenstand der Berichterstattung in den Medien. Wichtig für uns als Land war es, die Defizite in der Wahrnehmbarkeit als Community und als Wirtschaftskluster zu beseitigen. Ein übergeordnetes Markenzeichen, eine gemeinsame Marketingstrategie, das Bemühen um eine abgestimmte Sprachregelung in wichtigen, den Finanzstandort betreffenden Fragen waren die prioritären Ansatzpunkte hierfür aus Sicht des Landes. Dabei sollte man aber nicht stehen bleiben. Marketing setzt Inhalte und auch Positionen voraus. Klar ist, dass gemeinsame Positionen bei unterschiedlichen Interessen der Akteure im Detail nicht realistisch sind. Das schließt aber nicht aus, in grundsätzlichen Fragen Einvernehmen herzustellen und zu kommunizieren wenn es für die Zukunft des Standorts von Bedeutung ist. Die gegenwärtige Debatte um die notwendigen Konsequenzen der Finanzkrise für Regulierung und Aufsicht sind hierfür ein aktuelles Beispiel.

Die Initiative fördert auch die akademische/intellektuelle Infrastruktur am Standort Frankfurt. Das House of Finance zum Beispiel ist Fördermitglied der Initiative. Die angewandte Forschung und Ausbildung sind wichtige Bestandteile der Aktivitäten am House of Finance. Wie beurteilen Sie das? Inwieweit ist es eine Bereicherung für den Standort Frankfurt?

Das House of Finance ist bekanntlich mit erheblicher finanzieller Unterstützung des Landes errichtet worden. Die Vision war die Bündelung hervorragender Expertise und anerkannter Exzellenz in Forschung und Lehre auf dem Felde der Finanzwissenschaften unter Zusammenführung des wirtschafts-, finanz- und rechtswissenschaftlichen Sachverständigen unter einem Dach. Bereits in ihrer Selbständigkeit renommierte und internationale ausgewiesene Institute sind nunmehr im House of Finance zu einer wohl auch international einmaligen Einrichtung zusammen geführt. In der Erkenntnis, welche grundlegende Bedeutung die dort betriebene Forschung und praxisorientierte Aus- und Fortbildung für die Profilierung und die Zukunft eines global konkurrenzfähigen Finanzdienstleistungssektors hat, ist die Bedeutung einer solchen Lehr- und Forschungsstätte nicht hoch genug einzuschätzen. Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass die interdisziplinäre Zusammenarbeit im House of Finance mittelfristig die wissenschaftliche Forschung in Frankfurt endgültig in der internationalen Spitze der Finanzwissenschaften etablieren wird.

Sicher wird die optimale Governance und interne Koordination eines solchen komplexen Gebildes noch zahlreiche Fragen aufwerfen.

Mit dem geplanten Policy Network wird jedoch ein wesentlicher Ansatz bereits erfüllt, nämlich der Transfer der Forschungsergebnisse in die politische Diskussion z.B. um Aufsicht und Regulierung und insgesamt die Sicherung ihres Anwendungsbezugs für den Finanzplatz Deutschland.

Mit der vom Land geförderten Errichtung des House of Finance sowie der Unterstützung unserer Hochschulen im Finanzbereich haben wir erhebliche Impulse gesetzt. Das auch finanzielle Engagement des Landes bei der Gründung des Frankfurter Instituts für Risikomanagement und Regulierung und einem Stiftungslehrstuhl für die Versicherungswirtschaft sind aktuelle Schritte zur weiteren Stärkung von Forschung und Lehre im Kontext der Finanzwissenschaft.

Mit dem Finanzplatzindex führt das CFS vierteljährlich eine Befragung von Schlüsselpersonen des Finanzstandortes Deutschland zu ihren Einschätzungen und Erwartungen durch, erfasst die aktuelle Stimmungslage zu Entwicklungschancen und -risiken des Finanzplatzes und beobachtet die Veränderungen im Zeitverlauf. Zusätzlich werden auch Sonderbefragungen durchgeführt. Welche Einsichten erwartet die Hessische Landesregierung von diesem Projekt?

Als in den Jahren 2002/2003 eine umfassende Finanzplatzinitiative des Landes konzipiert wurde, haben wir gemeinsam mit dem CFS und der Hochschule für Finance and Management bereits frühzeitig die laufende Beobachtung, Messung und Bewertung der Performance des Finanzplatzes diskutiert. Gut gebaute Indikatoren zu diesem Zwecke versprochen eine fundierte Datenbasis zur Quantifizierung des Zustandes der Finanzdienstleistungsindustrie bzw. des Wirtschaftsklusters, der den Finanzplatz ausmacht, aber auch – und das war aus unserer Sicht besonders wichtig – für die Fundierung politischer und administrativer Entscheidungen.

Nachdem der Stimmungsindikator des CFS nunmehr seit geraumer Zeit erhoben und in organisatorischer Kooperation mit Frankfurt Main Finance veröffentlicht wird, freuen wir uns, dass die öffentliche Wahrnehmung dafür, wie für die Ergebnisse der Sonderbefragungen erfreulich lebhaft geworden ist. Auch von der Finanzmarkt-Datensammlung der Frankfurt School erwarten wir wertvolle Erkenntnisse in dem bezeichneten Sinne. Sie soll in Zukunft auf dem Internet-Portal von Frankfurt Main Finance zugänglich werden.

Der CFS Finanzplatzindex signalisiert seit Juli 2009 eine Trendwende. Ist dies ein Zeichen, dass Frankfurt sich trotz Finanzkrise gut behauptet?

Diese Entwicklung des Sentiment Index hat in der Tat erstmals zahlenmäßig bestätigt und ausgewiesen, was einige Anzeichen abseits von Bankbilanzen nur indirekt zeigten oder erahnen ließen: dass der Standort Frankfurt zu diesem Zeitpunkt in geringerem Maße von den Auswirkungen der Krise betroffen worden war als andere Plätze. Als entscheidend erachte ich, dass die persönlichen Einschätzungen der befragten Manager, die den Indikator bilden, zu einem solch eindeutigen Ergebnis gelangen.

Sicher ist „der Finanzplatz“ ein äußerst komplexes Gebilde, gerade in Frankfurt, wo sich eine höhere Varietät von Instituten findet als anderswo. Auch ist die Krise sicher noch nicht endgültig bewältigt, sodass abschließende Urteile verfrüht sein dürften.

Auch wenn die notwendigen Konsequenzen, auch in Hinsicht auf Regulierung und Aufsicht sicher noch lange nicht umgesetzt sind, stimmt uns die Entwicklung des Sentiment Index optimistisch. Jedenfalls hat sich nach unserer Überzeugung das deutsche Bankensystem in seiner Struktur und Ausprägung grundsätzlich bewährt. Institute mit soliden, an Sicherheit und Stabilität orientierten Geschäftsmodellen waren nur begrenzt von der Krise betroffen.

In der letzten Befragung wurden die Teilnehmer nach Ihre Meinung zur Regulierung des internationalen Finanzsystems gefragt. Nahezu drei Viertel aller Teilnehmer unterstützen den

Beschluss des Europäischen Rates für ein europäisches System der Finanzaufsicht (ESFS), obwohl daraus eine Abgabe nationaler aufsichtsrechtlicher Kompetenz resultiert. Welche (längerfristige) Auswirkung sehen Sie für die Finanzindustrie hierzulande?

Wir befinden uns mitten in der regulativen Aufarbeitung der Finanzmarktkrise und werden dabei im Bundesrat aber auch unmittelbar in Gesprächen mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission unsere Vorstellungen einer angemessenen Regulierung und Aufsicht einbringen. Stabilität, Seriosität und Nachhaltigkeit der Finanzdienstleistungen sind unabdingbar, um das Vertrauen der Märkte zurück zu gewinnen und die Gefahr systemischer Krisen zu bannen. Ein weiter so darf es nicht geben. Aufsichtsarbitrage muss durch international geltende Regelungen ausgeschlossen werden. Die Europäische Kommission hat ihr ehrgeiziges Konzept einer europäisch harmonisierten Aufsicht der Finanzmärkte und der dazu notwendigen Aufsichtsstruktur entwickelt und arbeitet an den noch notwendigen Ergänzungen etwa zur Regelung koordinierter Rettungsmaßnahmen für Banken und im Notfall ihrer die öffentlichen Haushalte schonenden Abwicklung. Dass die zum CFS-Finanzplatzindex Befragten diese Vorschläge unterstützen, verstehe ich als Verpflichtungserklärung gegenüber der Integrität und Stabilität der Finanzmärkte. Dieses Ergebnis stärkt das Image des Finanzplatzes, sich an den Grundsätzen der Stabilität und Integrität der Märkte zu orientieren und faire und nachhaltige Finanzdienstleistungen anzubieten. Die aktuelle Diskussion auch in Deutschland zeigt allerdings auch gegenläufige Tendenzen. Es wird deshalb wichtig sein, das bereits bröckelnde internationale Einvernehmen über eine konsequentere Regulierung von Finanzdienstleistern, Märkten und Produkten möglichst mit globaler Wirkung rasch und wirksam umzusetzen.

Wir erwarten, dass der Standort Frankfurt mit Umsetzung der europäischen Beschlüsse zu einer veränderten Architektur der Finanzmarktaufsicht erheblich an Bedeutung gewinnt. Dies gilt für die Ansiedlung des Europäischen Rates für Systemrisiken wie für die Stärkung des Standortes als Sitz der Europäischen Versicherungsaufsichtsagentur.

Die Einrichtung des European Systemic Risk Board mit der Funktion eines Frühwarnsystems für systemische Risiken ist ein wichtiges Element künftiger Aufsichtsstrukturen. Wir halten die enge Anbindung an die EZB als eine wesentliche Voraussetzung für die Wirkungstiefe der neuen Struktur. Ebenso die Verbesserung der Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Institute durch das beschlossene Netzwerk der Finanzaufsichtsbehörden unter Umwandlung der Stufe 3 Ausschüsse in europäische Behörden mit spezifischen Aufgaben.

Das vorgesehene System eines integrierten, aber dezentralen Netzwerks der Aufsichtsbehörden, kombiniert mit spezifischen Befugnissen europäischer Behörden, ist aus meiner Sicht der kleinste mögliche Schritt, der qualitativen Mehrwert schaffen kann. Die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten zur Aufgabe nationaler Kompetenzen darf hierbei nicht überfordert werden. Detailfragen zur Umsetzung wie beispielsweise die Lastenverteilung und die Reichweite der Kompetenzen der neuen europäischen Behörden in Hinblick auf Bindungswirkung ihrer Entscheidungen werden im Gesetzgebungsverfahren noch intensiv zu diskutieren sein. Gleichwohl ist das Bestreben, ein handlungsfähiges System zur Beaufsichtigung von Instituten mit grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten zu schaffen, richtig. Ich gehe davon aus, dass die Vorschläge der Kommission im Rahmen der angekündigten Rechtsetzungsakte so ausgestaltet werden, dass Fragen der Übertragung von Kompetenzen, der nötigen nationalen Autonomie und möglicher Belastung einzelstaatlicher Haushalte zufriedenstellend gelöst werden.